

UNS HAMBURG

SEIT 2015 DEM WOHLF HAMBURGS VERPFLICHTET

Fünf Jahre
AfD-Fraktion
Erfolgreich

Seite 2



Rot-Grün steht
auf der Bremse
Verkehrsreich

Seite 4



Altkanzler Helmut
Schmidt
Geistreich

Seite 11



Bildnachweis: © Bundeswehr/Arndt [CC BY 2.0]

Liebe
Hamburger!



Liebe Hamburger,
das Jahr 2020 ist wenige Tage alt und ich darf Ihnen und Ihren Familien ein frohes und friedliches Jahr wünschen!
Als überzeugter Demokrat wünsche ich mir auch etwas: Dass unsere Demokratie (noch) demokratischer wird und die Wahlbeteiligung zur kommenden Bürgerschaftswahl am 23. Februar wieder ansteigt. Denn bei der letzten Bürgerschaftswahl im Februar 2015 gab es einen historischen Tiefpunkt: Nur 56 Prozent der wahlberechtigten Bürger machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Anfang der 1980er Jahre lag die Wahlbeteiligung in Hamburg noch bei 84 Prozent. Seit 2001 geht es steil bergab. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Immer weniger Menschen identifizieren sich mit ihrer Heimatstadt und sie nehmen weder Anteil noch Anstoß am öffentlichen Leben. Das ist sehr schade! Die Enttäuschung vieler Bürger und das sinkende Vertrauen in die Regierung trägt zu der Politikverdrossenheit bei. Außerdem haben viele Bürger es satt, von abgehobenen und welfernen Politikern bevormundet zu werden. Deshalb mein Appell: Gehen Sie zur Wahl und wählen Sie! Es gibt immer eine Alternative. Herzliche Grüße

Dirk Nockemann,
Fraktionsvorsitzender

Heute das Klima und morgen die Welt?



Für die einen beginnt die Endzeit, für die anderen wird Endzeitstimmung verbreitet. Seitdem Greta Thunberg die Atmosphäre in Politik und Medien religiös aufflud, sind (fast) alle aus dem Häuschen. Linksgrüne bis tief in die CDU hinein und die Meinungsmacher jubelten. Mit ihrer apokalyptischen Propaganda beherrscht das Mädchen die Debatten. Es gibt Klimastreiks und sogar ein „Klimanotstand“ wird ausgerufen. „Fridays for Future“ ist zu einer hysterischen Massenbewegung geworden. Dabei radikalisiert sich die Bewegung immer weiter. Öko-Aktivist*innen fordern: Autos und Parkplätze abschaffen, Start- und Landeverbot für nicht-klimaneutrale Flugzeuge, keine neuen Straßen: Damit soll Hamburg bis 2035 das Klima retten. Auch die Bundesregierung will die Welt retten.

Am deutschen Wesen soll also die Welt genesen? Wohl kaum! Selbst wenn Hamburg und Deutschland von jetzt auf gleich zurück in die Steinzeit gehen und kein CO₂ mehr ausstoßen, dann ändert das nichts am Weltklima, zumal in der Welt über 1.400 Kohlekraftwerke in Planung und Bau sind. Eine wirksame Klimapolitik muss immer global ansetzen, ansonsten ist es eine Provinzposse. Die grüne Umweltpolitik ist ein Angriff auf unseren Wohlstand und unsere Freiheit. Und dieser Angriff wird für alle Bürger sehr teuer! Die AfD-Fraktion macht bei der Klimahysterie nicht mit und setzt wie immer auf Vernunft. Wenn wir etwas bewegen wollen, dann geht es nur durch ökonomische Anreize und durch technologische Entwicklung.

5 Jahre Opposition - AfD-Fraktion feiert Geburtstag

Nockemann: „Die Wirklichkeit zu sehen, bedeutet politisch unkorrekt zu sein!“

Ein Doppelinterview mit den beiden Fraktionschefs Dirk Nockemann und Dr. Alexander Wolf über die Arbeit in der Bürgerschaft.

Anfang 2015 zog die AfD erstmals in die Hamburgische Bürgerschaft ein. Fünf Jahre sind vergangen. Was waren ihre größten Erfolge?

Dirk Nockemann: Wir stellen derzeit 6 von insgesamt 121 Abgeordneten im Parlament. Dort steht uns – von einigen sehr löblichen Ausnahmen abgesehen – eine ablehnende Einheitsfront gegenüber. In der Anfangszeit mussten wir zunächst Infrastruktur und Personal aufbauen, damit wir überhaupt arbeiten konnten. Kernaspekte unserer Arbeit waren unter anderem der katastrophale G20-Gipfel und dessen Aufarbeitung im Sonderausschuss, der fatale Staatsvertrag mit den Islamverbänden, die zunehmende Erosion der Inneren Sicherheit und die Folgen der verheerenden Migrationskrise für Hamburgs Bürger.

Alexander Wolf: In der zweiten Hälfte kann man sicherlich unser Portal „Neutrale Schulen Hamburg“ erwähnen, mit dem wir gewissermaßen Pionierarbeit leisteten. Das Portal hat in Hamburg und weit darüber hinaus hohe Wellen geschlagen und hilft noch immer, über die Missstände an Schulen aufzuklären. Aber auch unsere Kritik und Skepsis, was die grüne Welle der Klimahysteriker und deren Doppelmoral betrifft, war wichtig und richtig.

Generell sehen wir uns als Anwalt und Kümmerer aller Bürger in Hamburg, die mit vielen Entwicklungen nicht mehr einverstanden sind. Wir merken durch den wachsenden Z u -

spruch der Bürger, dass unsere freiheitliche und bürgerliche Politik immer besser ankommt. Die CDU hat viele konservative Grundpositionen geopfert und rückt immer weiter nach links, dafür stoßen wir in das Vakuum. Das nehmen wir dankend an! **Mit sechs Abgeordneten in einem Parlament, das mit großer rot-grüner Mehrheit dominiert wird. Wie ist da die Stimmung?**

Wolf: Da fällt mir ein Spruch ein, der vom amerikanischen Gewerkschafter Nicholas Klein stammen soll: „Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“ Es sind ganz dicke Bretter zu bohren. Anfänglich wurden unsere Beiträge oft ignoriert und belächelt, dann gab es mal eine kurze Phase, da hieß es von links: „Wir werden euch argumentativ stellen und beweisen, dass ihr von der AfD keine Ahnung habt und im Unrecht seid.“ Darauf warten wir bis heute. Denn die Wirklichkeit gibt uns recht. Wer mit offenen Augen und Ohren mit der Bahn fährt und sich die vielen Brennpunkte ansieht, der kann nur auf unserer Seite stehen. Politiker, Journalisten und ihre Helfershelfer in den Schützengräben versuchen permanent und mit größerer Vehemenz, vor AfD-Politikern zu warnen und verteufeln sie. Das kann sehr schnell in Hetze und auch in Übergriffe umschlagen.

Nockemann: Demokratie lebt vom Widerspruch und den leisten wir. Und wir zeigen Alternativen auf. Rot-Grün bekommt alle Anträge durch, aber jetzt müssen sie sich immerhin rechtfertigen. Wir haben bislang 250 Anträge eingereicht, alle wurden abgelehnt, da AfD darauf stand. Selbst wenn wir in einem Antrag festgestellt hätten, dass das Wasser der Elbe in die Nordsee fließt, wäre er abgelehnt worden.

Aber teilweise sind unsere Anträge doch nicht so schlecht, dass sie wenige Wochen später von einer anderen Fraktion ähnlich eingereicht und dann durchgewinkt werden. Immer wieder gibt es fraktionsübergreifende Anträge von SPD, Grüne, CDU, Linke und FDP, aber ohne die AfD. Zuletzt ging es um eine Motivations- und Informationskampagne zur kommenden Bürgerschaftswahl, ddurch die sollen möglichst viele Hamburger motiviert werden, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Eine PR-Agentur sollte eine parteiübergreifende Kampagne für fast eine Million Euro entwickeln. Aber eine Wahlmotivation fängt nicht mit Ausgrenzung an. Der beste Demokratie-Motor ist übrigens die AfD selbst. Viele Nichtwähler gehen wieder zur Wahlurne. Und auch viele AfD-Kritiker gehen zur Wahl. Genau das ist doch in einer lebendigen Demokratie begrüßenswert.

Wo sehen Sie die AfD-Fraktion in einem Jahr?

Nockemann: Hamburg ist ein schwieriges Pflaster für uns, aber wir haben uns in der Hamburger Politiklandschaft fest etabliert. Unsere Fraktion wird größer, jünger, weiblicher und noch schlagkräftiger. Die Bürger dürfen gespannt sein: Wir werden weiter die Finger in die Wunden legen. Wir sind die einzige Alternative zu den rot-grünen Irrungen und Wirrungen in unserer Hansestadt. Und die Wirklichkeit zu sehen, bedeutet politisch unkorrekt zu sein! Deshalb werden wir erfolgreich sein.

Wolf: Und die anderen Fraktionen, die noch bürgerlich sein wollen, müssen sich gut überlegen, ob sie uns dann immer noch lieber isolieren und mit der Linksfraktion spielen wollen. Wenn es in Hamburg jemals eine bürgerlich-liberal-konservative Mehrheit geben soll, dann führt kein Weg an uns vorbei!



Fraktion im Dialog als Kassenschlager

Über 22.000 Bürger bei über 100 Veranstaltungen

Fraktion im Dialog ist eine feste Größe und der Kassenschlager der AfD im Rathaus. Bei über 100 Veranstaltungen konnte die Fraktion insgesamt über 22.000 Bürger, Unterstützer und auch Kritiker begrüßen. Und das trotz einer massiven linken Zerstörungswut, die innerhalb von 48 Stunden nahezu 100 Prozent der Plakate zertrümmern oder verschwinden lässt.

Trotzdem oder gerade deshalb strömen die Bürger ins Rathaus, um sich selbst ein Bild zu machen. Im Regelfall einmal im Monat lädt die AfD-Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Anfänglich versammelten sich noch hin und wieder linke Antidemokraten vor dem Rathaus, mittlerweile haben sie resigniert und zogen ab.

Ein Überblick über unsere bisherigen Gastredner: der frühere tschechische Präsident Václav Klaus, Generalleutnant a. D. Joachim Wundrack, der ehemalige Hamburger Feuerwehrchef Oberbranddirektor Klaus Maurer, der Hamburger Verfassungsschutzchef Torsten Voß, der

Pressechef der Hamburger Polizei Timo Zill, der Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein, der Journalist Billy Six, die Publizisten Michael Klonovsky und Matthias Matussek, der Journalist Bernd Kallina, der Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Günter Scholdt, der in Israel lebende Journalist Ulrich Sahn, die Initiatorin der ersten Anti-Merkel-Demonstrationen Uta Ogilvie, die israelische Journalistin Orit Arfa, der Mitbegründer der Bundesvereinigung „Juden in der AfD“ Emanuel Bernhard Krauskopf und der frühere Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler Hamburg Frank Neubauer.

Ebenso waren die AfD-Politiker Prof. Dr. Jörg Meuthen, Dr. Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla, Dr. Bernd Baumann, Beatrix von Storch, Dr. Gottfried Curio, Dr. Nicolaus Fest, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Roland Hartwig, Albrecht Glaser, Dr. Bruno Hollnagel, Oberst a. D. Georg Pazderski, Waldemar Herdt, Karsten Hilse im Hamburger Rathaus zu Gast.

Fraktion im Dialog mit dem Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion Dr. Alexander Gauland am Montag, den 20. Januar!

**Bitte anmelden:
040 / 428 31 2518**

**oder
afd-veranstaltungen@
afd-fraktion.hamburg.de**



Berliner AfD-Fraktionschef und Oberst a. D. Georg Pazderski (links) und Generalleutnant a. D. Joachim Wundrack (rechts) im Kaisersaal des Rathauses vor über 200 Gästen

Rot-Grün bremst Verkehr aus

Ehlebracht: „Verkehrspolitik muss alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigen!“

Hamburg ist Staustadt Nummer eins in Deutschland. Und der rot-grüne Senat macht alles dafür, dass sich die Situation weiter verschlimmert. Die Gründe dafür sind unter anderem die katastrophale Baustellenplanung, eine ideologisch getriebene Anti-Autofahrerpolitik, Planlosigkeit und unsinnige Einzelmaßnahmen wie Fahrverbote für Dieselfahrzeuge.

werden. Alleine das ist ein Armutszeugnis. Also betreibt man Leuchtturmpolitik. Da wird die Stadt, die auch Handels- und Wirtschaftsmetropole ist, kurzerhand zur Fahrradstadt erklärt, Fahrspuren auf Hauptverkehrsstraßen durch das Pinseln von Linien zum Fahrradweg umgewidmet. Ohne bauliche Trennung donnern dann Dreißigtonner mit dem Abstand einer Armlänge an

Fahrplan überflüssig machen, unterbleibt.

Die rot-grüne Umerziehung mit der Brechstange ist der falsche Weg: „Wir sind für einen bezahlbaren, zuverlässigen und sicheren ÖPNV. Panikmache und ideologiegetriebene Politik helfen dabei nicht. Die gewaltsame Verdrängung des motorisierten Individualverkehrs, ohne ausreichend attraktive



Rot, roter, am rotesten? Der Verkehr auf Hamburgs Straßen

Für den AfD-Verkehrspolitiker Detlef Ehlebracht ist klar: „Der beste Umweltschutz ist ein reibungslos fließender Verkehr ohne Vergeudung von Lebenszeit und Ressourcen im Stau. In diesem soll der Bürger ohne Gängelung die freie Wahl des Verkehrsmittels und dafür die bestmöglichen Voraussetzungen vorfinden. Damit dies gelingen kann und ökologische wie ökonomische Anforderungen erfüllt werden, setzt die AfD auf den massiven Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zum Vorteil aller.“

Stattdessen agiert der Senat im luftleeren Raum, da es keinen Verkehrsentwicklungsplan gibt. Der alte Plan, in den Neunzigern entwickelt, lief 2010 aus und der neue soll erst 2022 fertig

dem Radfahrer vorbei.

Seit Ewigkeiten ist bekannt, dass die A7 saniert werden muss. Jahr um Jahr lässt man verstreichen und beginnt jetzt, viel zu spät, mit der Ertüchtigung der Umgehungsstrecke Ehestorfer Heuweg. Parallel dazu starten auf deren Umgehungsstrecke Cuxhavener Straße inklusive Waltershofer Straße ebenfalls Bauarbeiten. Geht's noch chaotischer?!

Statt einen massiven Ausbau des schienengebundenen ÖPNV über die Stadtgrenzen hinaus vorzunehmen, damit Pendlerströme reduziert werden, baut der Senat eine x-te U-Bahnlinie für viele Milliarden, wieder mit Ziel Innenstadt. Eine flächendeckende Modernisierung der gesamten Infrastruktur von U und S-Bahn, die Taktfolgen von unter zwei Minuten ermöglichen und einen

Alternativen anzubieten, stachelt die Verkehrsteilnehmer nur auf und geht am Bedarf vorbei. Eine Anti-Autofahrerpolitik lehnen wir ab!“

Verkehrs- und Stadtentwicklung müssen vielfach gemeinsam betrachtet werden. Dabei darf das Denken nicht an den Stadtgrenzen aufhören: „Die Fläche unserer Heimatstadt und damit auch ihr Wachstum ist begrenzt. Deshalb muss in Zusammenarbeit mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Metropolregion deutlich mehr als bisher in die Planungen mit einbezogen werden. Wir wollen kein Wachstum nach dem Motto ‚Koste es, was es wolle!‘ Dieses Wachstum geht auf Kosten unserer Lebens- und Wohnqualität und es führt zu einem Verkehrskollaps.“

G9 als Möglichkeit an Gymnasien

Ein Kommentar des Bildungspolitikers Dr. Alexander Wolf

Viele Schüler und Eltern sind mit G8 an den Gymnasien unzufrieden. Schulunterricht bis weit in den Nachmittag hinein, zu wenig Zeit für Sport, Musik und Freizeit prägt seither den Tag vieler Gymnasiasten und Eltern, die sich intensiv um Nachhilfe kümmern müssen.



„Die Bildung wird täglich geringer, weil die Hast größer wird.“ (Friedrich Nietzsche)

Die AfD-Fraktion ist überzeugt, dass eine Möglichkeit, auch an Gymnasien in 9 Jahren zum Abitur zu kommen, unbedingt eröffnet werden sollte - nicht als Zwang für alle, aber als Wahlmöglichkeit. Die Gymnasien sollen selbst entscheiden. Daher hat die Fraktion mit einem Antrag gefordert, dass in jedem Hamburger Bezirk zumindest ein Gymnasium G9 anbieten soll. Auch wenn der Antrag keine Mehrheit fand, werden wir diesen Ansatz als einzige Fraktion weiterverfolgen. Die FDP- und CDU-Fraktion haben sich hingegen unter dem Begriff des „Schulfriedens“ von Rot-Grün kaufen lassen.

Andere Schwerpunkte der schulpolitischen Arbeit der Fraktion sind: Mut zu Leistung und Können, Lernen auch von Fakten, nicht nur Kompetenzen - auch mit bewährtem „Frontalunterricht“ - gerade im Sinne auch der schwächeren Schüler. Zum Leistungsprinzip gehören auch klare Kriterien für Benotung. Und schließlich ermöglichen homogener zusammengestellte Lerngruppen eine effektivere Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten sowie eine höhere Vertiefung der Lerninhalte.

Es geht um ein gegliedertes Schulsystem statt der Einheitsschule. Gymnasium und Stadtteilschule sind beide sinnvoll und sollen jeweils gestärkt werden, statt „Abi für alle“ lieber „Gute Schule für jeden“.

Wir setzen uns für die Meinungsfreiheit an den Schulen ein. Denn Meinungsfreiheit - gerade in der Schule - ist ein hohes Gut. Schüler sollen ihre politischen Urteile im Diskurs und auf der Grundlage einer

ausgewogenen und kontroversen Materialauswahl herausbilden können; Meinungsdruck und Überwältigung haben an den Schulen nichts zu suchen. Sie führen zu Konformismus und Anpassung. Weder (partei-)politische Werbung und erst recht keine Werbung für extremistische (Antifa-)Gruppen dürfen an der Schule einen Platz haben!

Und auch nicht zu vergessen ist: Zuspätkommen und Schulschwänzen sind konsequent zu ahnden. Wir wenden uns strikt gegen jegliche Formen physischer oder verbaler Gewalt an Schulen. Solche Vorfälle sind konsequent zu melden und zeitnah durch die Klassenkonferenzen zu ahnden. Wir wollen, dass jeder Gewaltvorfall auch den Elternhäusern mitgeteilt wird, um sie so in der Erziehung ihrer Kinder zu bestärken und die schulische Null-Toleranz-Grenze gegenüber Gewalt zu verdeutlichen.

Und zum Ende: Wir wollen Förderschulen erhalten und sind gegen die Inklusion „mit der Brechstange“, weil diese alle überfordert - die Schüler ebenso wie die Eltern. Die Praxis von Rot-Grün, Förderschulen zu schließen, führt zu einem Verlust an sonderpädagogischen Betreuungs- und Auswahlmöglichkeiten. In Abstimmung mit den Eltern soll der für das Kind geeignete Förderort gefunden werden. Das kann die allgemeine Schule oder aber eine Förderschule sein. Die Fragestellung muss lauten: Welches Kind ist aus welchen Gründen an welchem Ort am besten zu beschulen?

KLASSENFAHRTEN

Fast jede vierte per Flugzeug

Einige Schüler schwänzen freitags den Unterricht, um angeblich das Weltklima zu retten. Einen eigenen Beitrag wollen sie aber nicht unbedingt leisten. Denn die Senatsantwort auf eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs Dr. Alexander Wolf zeigt, dass fast jede vierte Klassenfahrt im Schuljahr 2018/2019 mit dem Flugzeug absolviert wurde.

Die 17 befragten Schulen führten demnach 369 Klassenreisen durch. Bei 84 Klassenfahrten wurde das Flugzeug benutzt. Die Ziele waren unter anderem Brasilien, Sibirien, Shanghai oder Senegal.

Darunter befinden sich auch „Klimaschulen“, wovon es derzeit in Hamburg 63 gibt. Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung erklärt das Konzept der „Klimaschule“ wie folgt: „Ziel des Programms sind die Stärkung der Klima-Kompetenzen der Schulgemeinschaft sowie die Reduzierung der CO₂-Emissionen, die durch den Schulbetrieb verursacht werden.“ Das Gymnasium Süderelbe - eine sogenannte Klimaschule - flog nach Shanghai, Indien und mehrmals nach Spanien und Frankreich. Sieht so eine Stärkung der Klima-Kompetenzen aus?

Die AfD-Fraktion beantragte bereits im Mai 2019, dass „Klimaschulen“ künftig auf Klassenreisen mit dem Flugzeug verzichten und stattdessen klimafreundlichere Alternativen nutzen sollten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Fraktionschef Dr. Alexander Wolf hat wenig Verständnis für die Doppelmoral: „Erst kommt das Fliegen, dann die Moral. Es ergibt wenig Sinn, für das Klima auf die Straßen zu gehen und Forderungen zur Rettung der Welt aufzustellen, aber sich selbst nicht zu mäßigen und nicht mit gutem Beispiel voranzugehen. Besonders absurd sind die ‚Klassenflüge‘ der ‚Klimaschulen‘, die diesen Namen offenkundig nicht verdienen. Deshalb mein Appell an die Schülerschaft: Weniger fordern und mehr eigenverantwortlich handeln! Beim Umweltschutz bitte zunächst vor der eigenen Türe kehren - sonst verliert man die Glaubwürdigkeit.“

Professor unter Polizeischutz

Dirk Nockemann: „Recht darf Unrecht nicht weichen!“

Die Universität Hamburg trägt den begehrten Titel „Exzellenzuniversität“ und rühmt sich damit, „die größte und vielfältigste Forschungseinrichtung Norddeutschlands“ zu sein. Im Leitbild geht es um „Weltoffenheit und Toleranz“ und um „freie Entwicklung der Wissenschaft“. Zudem will sie „ein öffentlicher Raum der kulturellen, sozialen und politischen Auseinandersetzung“ sein.



Absperrgitter, Polizei und private Sicherheitsdienste: Der Hörsaal als Tatort für linke Gewalt

Spätestens seit den Vorfällen um den Wirtschaftsprofessor und AfD-Mitgründer Bernd Lucke weiß man, dass es nur Lippenbekenntnisse auf dem Papier sind. Die Universität Hamburg zeigte sich als Ort der linken Intoleranz und Gewalt. Prof. Dr. Bernd Lucke und seine Lehrtätigkeiten wurden mehrfach unter aggressiven Beleidigungen und Handgreiflichkeiten der Antifa und anderen linken Gruppierungen blockiert und verhindert. Die grüne Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank und der Universitätspräsident Dieter Lenzen fanden weder klare Worte gegen die linken Aggressoren, noch stellten sie sich hinter ihren Professor. Was folgte war eine halbherzige Stellungnahme und ein Bekenntnis zur „diskursiven Auseinandersetzung“.

Ein Abgeordneter der Linksfraktion warf Bernd Lucke vor, während der massiven Störungen zur Eskalation beigetragen zu haben, weil er den Saal nicht verlassen hat. In einer Sondersitzung des Wissenschaftsausschusses kam heraus, dass die polizeilichen Schutzmaßnahmen offenbar nicht ausreichend waren. Universitätspräsident und Pädagogikprofessor Dieter Lenzen wurde mit Vorwürfen konfrontiert und drohte damit, die Sitzung zu verlassen: „Wir werden uns keine Vorwürfe anhören, so wie es hier gerade geschehen ist. Wenn sich das wiederholt, werden wir die Veranstaltung verlassen.“

Der Vorsitzende und wissenschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion Dirk Nockemann betrachtet die Vorgänge um

Lucke beschämend und unwürdig für die Universität: „Wenn linke Gruppierungen Gesinnungsterror ausüben und entscheiden, wer an der Universität lehren darf und wer nicht, wirft das nicht nur ein schlechtes Licht auf den guten Ruf Hamburgs, sondern es vergiftet auch das Meinungsklima und gefährdet die Wissenschaftsfreiheit, die es grundrechtlich zu schützen gilt. Ich verurteile den Umgang mit Bernd Lucke aufs Schärfste und fordere die Gewährleistung und Sicherheit seiner künftigen Vorlesungen an der Universität Hamburg. Es kann nicht sein, dass eine kleine – aber lautstarke und gewalttätige Minderheit – an der Universität entscheidet, wer lehren darf und wer nicht. Recht darf dem Unrecht nicht weichen.“

17 terroristische Gefährder unter uns

Nockemann: „Ross und Reiter nennen!“

Die Senatsantwort auf eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann brachte ans Licht: Derzeit sind 17 Gefährder in Hamburg bekannt. Davon stuft das Landeskriminalamt (LKA) 14 Personen dem Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) „religiöse Ideologie“ und drei Personen der PMK „links“ ein. Dem LKA sind keine terroristischen Gefährder aus den Phänomenbereichen PMK „rechts“ und „ausländische Ideologie“ bekannt.

Für Fraktionschef Dirk Nockemann ist die Schlussfolgerung eindeutig: „Extremismus jeglicher Couleur muss bekämpft werden, aber es müssen auch Ross und Reiter benannt werden, um zielgerichtete Abwehrmaßnahmen ergreifen zu können. Und die Zahlen sprechen für sich: 14 religiöse Extremisten – aller Wahrscheinlichkeit nach Islamisten – und drei Linksextremisten bilden eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit in unserer Han-

sestadt. Angesichts dieser Zahlen ist es schleierhaft, warum die größte Gefahr für unsere Demokratie einzig und allein vom Rechtsextremismus ausgehen soll, so wie es gerne in Politik und Medien nahezu mantrahaft ertönt. Statt eines einseitigen Kampfes gegen rechts fordern wir effektive und zielgerichtete Maßnahmen zur Terrorabwehr, denn die Sicherheit unserer Bürger darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.“

AfD-Fraktion fordert Hamburger Wohngeld

Ehlebracht: „Menschen unterstützen statt in Beton investieren“

Laut Expertenschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) wird Hamburgs Bevölkerung im Jahr 2035 auf über zwei Millionen Menschen steigen. Trifft die Prognose zu, dann wird zwangsläufig auch der Bedarf an Wohnungen wachsen.

die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe, um die soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Außerdem setzte sich die AfD-Fraktion für die Einführung eines Hamburger Wohngeldes ein. Das Förderprogramm zielte darauf ab, Haushalte mit



Hafencity und viele Baukräne: „Bob der Baumeister“ hätte seine wahre Freude

Viele Menschen werden eine Sozialwohnung benötigen. Derzeit gibt es bereits 368.000 Haushalte, die Anspruch auf eine Sozialwohnung nach dem ersten Förderweg haben. Aber es gibt nur 80.000 Sozialwohnungen, die zeitlich befristet eine vergünstigte Miete anbieten. Der Paragraf-5-Schein, der den Zugang zu diesen Wohnungen suggeriert, ist bei diesem Missverhältnis wie ein Sechser im Lotto.

Hinzu kommt, dass Sozialwohnungen das Problem der Fehlbelegung haben. Wer besser verdient, aber trotzdem im geförderten Wohnungsbau bleiben will, muss eine Abgabe zahlen. Deshalb beantragte die AfD-Fraktion

unterdurchschnittlichem Einkommen und einer Netto-Kaltmiete von über 6,50 Euro pro Quadratmeter umgehend finanziell zu unterstützen, statt den Betroffenen ein leeres Versprechen in Form eines Paragraf-5-Scheins in die Hand zu drücken.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion Detlef Ehlebracht dazu: „Der rot-grüne Senat muss ein Wohngeld-Förderprogramm einführen. Wir müssen Menschen finanziell unterstützen, statt Steuermittel in Beton zu stecken. Zudem sollen Sozialwohnungen ausschließlich Bedürftigen dienen.“

Beide Anträge wurden abgelehnt.

ISLAMISCHER STAAT

32 IS-Unterstützer zurück

Eine AfD-Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Dirk Nockemann bringt ans Licht, dass dem rot-grünen Senat derzeit 32 Unterstützer des Islamischen Staates (IS) bekannt sind. Laut dem Verfassungsschutz Hamburg besitzen 21 Personen eine doppelte, sieben besitzen eine deutsche und vier eine „sonstige“ Staatsangehörigkeit.

Für den AfD-Innenpolitiker und früheren Innensenator Dirk Nockemann ist wichtig: „IS-Rückkehrer – egal welcher Herkunft oder mit welcher Staatsangehörigkeit – sind eine Gefahr für unsere öffentliche Sicherheit. Die Behörden müssen die Formen der IS-Unterstützung aufarbeiten, damit der Rechtsstaat die Terrorunterstützer zur Rechenschaft ziehen kann. Wichtig ist, dass unser Sicherheitsapparat hier in Deutschland diese Personen nicht aus den Augen lässt. Höchste Priorität muss die Wahrung der öffentlichen Sicherheit für unsere Bürger haben.“



Islamisten sind auf dem Radar der Geheimdienste und der Polizei

LINKSFRAKTION FORDERT

Antifa gemeinnützig?

Die Linksfraktion fordert die Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts und fragt: „Was kann denn gemeinnütziger sein als Antifaschismus?“. Hintergrund ist die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) durch das Berliner Finanzamt.

Das Berliner Finanzamt stützt sich auf den bayerischen Verfassungsschutzbericht, wonach die Gemeinnützigkeit aufgrund extremistischer Beeinflussung entzogen wurde. Hierin heißt es: „In der VVN-BdA wird nach wie vor ein kommunistisch orientierter Antifaschismus verfolgt. Diese Form des Antifaschismus dient nicht nur dem Kampf gegen den Rechtsextremismus. Vielmehr werden alle nicht marxistischen Systeme – also auch die parlamentarische Demokratie – als potenziell faschistisch, zumindest aber als eine Vorstufe zum Faschismus betrachtet, die es zu bekämpfen gilt.“

Für die Linksfraktion offensichtlich kein Problem. Der AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf sieht dies naturgemäß anders: „Der Kampf gegen den Linksextremismus muss intensiviert werden, das sind wir den Bürgern insbesondere nach dem verheerenden G20-Gipfel schuldig. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass Linksextremisten vom Steuergeld profitieren. Eine Aberkennung als gemeinnütziger Verein ist folgerichtig und ein wichtiger erster Schritt, um den linksextremen Sumpf trockenenzulegen.“



Steht die gewaltbereite Antifa bald im Regen?

„Original Play“ – Fragwürdige Erziehungsmethoden an Kitas

Feineis: „Keine Experimente beim Schutz der Kinder!“

Die AfD-Fraktion beantragte in der Bürgerschaft ein Verbot des Pädagogikkonzeptes „Original Play“ (übersetzt: ursprüngliches Spiel) an Kitas und anderen Erziehungseinrichtungen. Dahinter verbirgt sich ein fragwürdiges Spiel, bei dem zumeist erwachsene Spielleiter (teilweise Wildfremde), in engem körperlichem Kontakt rangeln.

nen ist. Die Kontaktaufnahme zu fremden Erwachsenen ist in dieser Form kein harmloses Kinderspiel, sondern eine Einladung, bei der Pädophilie Tür und Tor geöffnet werden.“

Laut Berichten von Eltern aus Berlin, kam es an beteiligten Kindern teilweise zu missbräuchlichen Handlungen. Einige Bundesländer wie Bayern haben bereits



Gefährliches Spiel öffnet Missbrauch Tür und Tor

Der Erfinder von „Original Play“ ist ein 76-jähriger Amerikaner, der mit einem sektenähnlich organisierten Geschäftsmodell („International Foundation for Original Play“) weltweit unterwegs ist. Kinder sollen bei dem Spiel lernen, instinktiv zu spielen und dabei friedlich Freude und Vertrauen entwickeln, statt um einen Sieg zu kämpfen.

Experten, wie die führende Bindungsforscherin und Psychologin Fabienne Becker-Stoll, warnen vor „Original Play“. Die Methode sei wissenschaftlich und entwicklungsbiologisch nicht fundiert. Ihre Einführung an manchen Einrichtungen sei fahrlässig und naiv. Gesund entwickelte Kinder suchten keinen Körperkontakt mit Fremden, und es sei klar, dass es in dieser Konstellation eine Dominanz der Erwachsenen gebe.

Harald Feineis, familienpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, äußert dazu: „Das Spiel verstört Kinder und ermöglicht sexuelle Übergriffe, was eindeutig abzuleh-

ein landesweites Verbot erlassen und auch der Deutsche Kinderschutzbund unterstützt die Forderung nach einem bundesweiten Verbot. Hamburg sprach hingegen kein Verbot aus. Der Senat erklärte dazu, dass Kitas in der Gestaltung ihres pädagogischen Programms grundsätzlich frei seien. Kitas wird lediglich davon abgeraten, das Konzept anzuwenden. Dazu erklärt Harald Feineis: „Es genügt nicht, wenn der Senat das Konzept ablehnt – einzig ein Verbot verhindert künftige Missbrauchsfälle. Wir fordern daher, die Anwendung von ‚Original Play‘ in Kitas und sonstigen Erziehungseinrichtungen aus Gründen der Kindeswohlgefährdung und des präventiven Kinderschutzes unverzüglich zu untersagen. Die Einhaltung des Schutzauftrags für Kinder muss immer über der Freiheit pädagogischer Programme stehen.“

Der Antrag der AfD-Fraktion zum Verbot wurde abgelehnt.

Hamburg entfernt nur sexistische oder rassistische Graffitis sofort

Ehlebracht: „Verwahrlosung nicht ohnmächtig hinnehmen!“

Hamburg kapituliert! Im laufenden Jahr wurden bisher 2.407 neue und damit zusätzliche Graffitis erfasst. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Auf Anfrage des AfD-Abgeordneten Detlef Ehlebracht gibt der Senat zu, dass sogenannte Graffitis auf Inhalt und Motiv geprüft werden: „Sexistisch oder rassistisch motivierte Graffitis werden nach Bekanntwerden umgehend entfernt“. Das ist gut so und zeigt, dass wenn der Wille da wäre, auch ein umgehendes Entfernen möglich ist.

Geschädigte wird allein gelassen. Darüber hinaus zwingen einzelne „Künstler“ ihren Gestaltungswillen der Mehrheit der Bürger auf.

Es geht auch anders, wie viele legale und technisch wie künstlerisch anspruchsvolle Graffitis zeigen. Dazu Detlef Ehlebracht: „Die Verwahrlosung darf nicht ohnmächtig hingenommen werden. Graffitis können Kunst sein, sind aber oft nur Kritzeleien. Die AfD hat beantragt, die Bezirke zu verpflichten, Flächen für Sprayer freizugeben und auch Wettbewerbe zu



Linke Schmierereien im Gängeviertel: Aber bitte nicht an der eigenen Fassade

Warum dann nicht bei allen Graffitis? Kaum eine Lärmschutzwand, wie jetzt an der A7, die nicht schon besprüht ist, bevor die Strecke eingeweiht wurde. Nicht nur, dass der rot-grüne Senat kein Konzept hat, es fehlt ganz offensichtlich auch der Wille, etwas dagegen zu unternehmen. Es handelt sich um Sachbeschädigung und der

initiiieren. Dem illegalen Treiben hingegen ist mit mehr präventiven Maßnahmen und Mitteleinsatz zu begegnen. Privatleute sind bei der Schadensbeseitigung mit Rat und günstiger Überlassung entsprechender Gerätschaften mehr als bisher zu unterstützen.“

Die AfD-Anträge wurden abgelehnt.

SICHERHEIT IN SCHWIMMBÄDERN

Kostenexplosion

Die Sicherheitskosten in den Schwimmbädern haben sich innerhalb von acht Jahren vervierfacht. Der AfD-Abgeordnete Peter Lorkowski fragte den Senat, wie sich die Kosten für die Sicherheitsdienste in den Schwimmbädern seit 2010 entwickelt haben. Ergebnis: Von 87.000 Euro (2010) über 107.600 (2015) auf 318.000 Euro (2018).

Der Betreiber Bäderland begründet die Kostenexplosion mit besserem Badewetter und durch ein verändertes Besucherverhalten, da vermehrt teure Elektronikgeräte mitgeführt würden.

Für den sportpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion Peter Lorkowski ist das nur die halbe Wahrheit: „Die aufgelisteten Faktoren sind sicherlich nicht alleinverantwortlich. Junge und aggressive ‚Männer‘ aus gewissen Kulturkreisen haben sicherlich auch zu der Kostenexplosion beigetragen.“

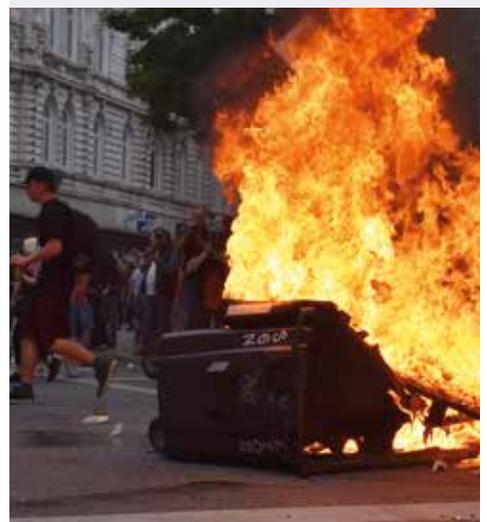
BRANDSTIFTUNGEN

Linke zündeln gerne

Die Senatsantwort auf eine Anfrage der beiden AfD-Fraktionsvorsitzenden Dirk Nockemann und Dr. Alexander Wolf zeigt, dass von 2017 bis zum laufenden Jahr 2019 insgesamt 73 politisch motivierte Brandstiftungen verübt wurden. In diesem Zeitraum sind 65 Brandanschläge – fast 90 Prozent – dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) „links“ zuzuordnen.

Zwei Brandstiftungen gab es im Bereich der PMK „ausländische Ideologie“, bei der PMK „rechts“ gab es eine Brandstiftung und fünf konnten gar nicht zugeordnet werden. Insgesamt ist die Zahl der politisch motivierten Brandstiftungen seit dem G20-Gipfel im Jahr 2017 stark rückläufig. Im laufenden Jahr 2019 gab es insgesamt sieben politisch motivierte Brandstiftungen, davon werden fünf dem Phänomenbereich PMK „links“ zugeordnet. Zwei Brandstiftungen lassen sich keiner politischen Richtung zuordnen.

Der Fraktionschef Dirk Nockemann betrachtet die Zahlen, trotz der Normalisierung nach der linken G20-Gewalt, mit großer Sorge: „Die Zahlen belegen eindeutig: Politisch motivierte Brandstiftungen tragen fast immer eine rote Handschrift. Der rot-grüne Senat ist aufgefordert, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und nicht weiter auf dem linken Auge blind zu sein. Der Rechtsstaat muss angesichts dieser linken Skrupellosigkeit hart durchgreifen. Wer mit dem Feuer zündelt, muss die volle Härte des Rechtsstaats erfahren.“



G20-Gipfel: Linke sind ganz Feuer und Flamme

AFD-FRAKTION FORDERT

Meistergründungsprämie einführen

Die AfD-Fraktion beantragte in der Bürgerschaft die Einführung einer Meistergründungsprämie für Handwerker. Meistergeführte Unternehmen gelten allgemein als Leistungsträger des Mittelstandes, die sich zusätzlich durch Ausbildungsbereitschaft und Innovationskraft auszeichnen.

Hintergrund für die Einführung einer Meistergründungsprämie ist unter anderem ein zunehmend hohes Durchschnittsalter der Firmenbesitzer und damit verbundene mögliche Nachfolgeprobleme bei Firmenübergaben. Potenzielle Nachfolger sind, aufgrund von Fachkräfteknappheit und bundesweit sinkender Anzahl der Meister, zunehmend schwieriger zu finden. Deshalb sollten künftig auch in Hamburg junge Meister aller Gewerke ermuntert werden, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion Peter Lorkowski setzt sich für eine Belebung des Handwerks ein: „Um den drohenden Schwierigkeiten der Fachkräfteknappheit und der sinkenden Anzahl der Meister entgegenzuwirken, können finanzielle Anreize sinnvolle Impulse geben. Junge Meister müssen wieder den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Eine Meistergründungsprämie führt zu einer verdienten, höheren Anerkennung und stärkt dem Handwerk den Rücken. Die Zukunft des Handwerks ist gleichzeitig die Zukunft des Mittelstandes.“



„An schmutzigen Händen bleibt viel hängen.“ (Deutsches Sprichwort)

Bürgerschaftspräsidentin Veit bezeichnet AfDler als Faschisten

Nockemann: „Patriotismus nicht mit Faschismus gleichsetzen!“

In einem Beitrag auf Twitter schreibt die Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit am 5. November, es sei „[...] selbstverständlich, überall und in allen Landtagen die gleiche einheitliche Haltung gegenüber den Faschisten von der AfD zu haben.“ Dies nahmen die beiden AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann und Dr. Alexander Wolf zum Anlass, um einen offenen Brief an Frau Veit zu schreiben.

Für den Fraktionschef Dr. Alexander Wolf besteht kein Zweifel: „Frau Veit beschädigt das hohe Amt der Bürgerschaftspräsidentin. Ihre einseitige und parteipolitische Einmischung ist mit der Verantwortung und der Pflicht zur

giftung des politischen Meinungsklimas in unserer Stadt bei, statt zu einem sachorientierten und fairen Austausch der Argumente beizutragen. Patriotismus darf nicht mit Faschismus gleichgesetzt werden. Wir fordern Frau Veit als Bürgerschaftspräsidentin auf, sich zu mäßigen und keine parteipolitischen Manöver gegen die AfD zu fahren.“

Nachdem sich die AfD-Fraktion in einem persönlichen Brief an Frau Veit beschwerte und keine Antwort erhielt, wurde der Vorgang an die Presse gegeben. Daraufhin legte Carola Veit nach: „5.11.: Funktionäre der CDU Thüringen wollen eine Woche nach der LTWahl mit der AfD Gespräche aufnehmen. Ich: Bin



Angesichts schlechter Umfrageergebnisse der SPD liegen die Nerven blank:
Die umstrittene Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit

Mäßigung und Zurückhaltung, die mit dem Amt der Bürgerschaftspräsidentin verbunden ist, nicht zu vereinbaren. Durch ihre parteipolitischen Verbalattacken beschädigt sie die Würde der Bürgerschaft und ihrer Abgeordneten, die sie ja eigentlich repräsentieren soll.“

Dirk Nockemann fügt hinzu: „Mit dieser Entgleisung trägt sie zu einer Ver-

froh, einer Partei anzugehören, die da klarer sieht. Nach 2 Wochen die Hamburger AfD so: Ey, bei den Kollegen in Thüringen, da sind aber keine Faschisten! Ach nein?!“

Pikant daran: Die thüringische SPD-Fraktion nahm in der abgelaufenen Legislaturperiode einen früheren AfD-Mann auf.

Helmut Schmidt als eine Jahrhundertgestalt

Eine Auswahl von bemerkenswerten Zitaten

Helmut Schmidt war ein großer deutscher Staatsmann und gilt als Jahrhundertgestalt. Dabei hatte er es nie leicht mit seiner SPD. Er war ein Genosse vom alten Schlag. Die Nation stellte er nie infrage, ganz anders als die heutigen SPD-Genossen. Vor über 101 Jahren wurde er in Hamburg-Barmbek geboren (23. Dezember 1918) und starb am 10. November 2015 in Hamburg-Langenhorn. Schmidt war Zeit seines Lebens ein kritischer Zeitgenosse. Die folgende Auswahl seiner Zitate zeigt, dass der Altkanzler heute sicherlich einige der AfD-Positionen teilen würde. Wäre sogar der heutige Verfassungsschutz aufmerksam geworden?

>>

Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.

<<

Quelle: 1981 auf einer Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB); Theo Sommer „Unser Schmidt: Der Staatsmann und der Publizist“.

>>

Die Vorstellung, dass eine moderne Gesellschaft in der Lage sein müsste, sich als multikulturelle Gesellschaft zu etablieren, mit möglichst vielen kulturellen Gruppen, halte ich für abwegig. Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte seit Otto I. nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen.

<<

Quelle: Frankfurter Rundschau, 12. September 1992, S. 8.

>>

Die heutige politische Klasse in Deutschland ist gekennzeichnet durch ein Übermaß an Karrierestreben und Wichtigtuerei und durch ein Übermaß an Geilheit, in Talkshows aufzutreten.

<<

Quelle: In Berlin 1994; ndr.de

>>

Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion von Intellektuellen.

<<

Quelle: Die Zeit, Nr. 18/2004, 22. April 2004

>>

Mit einer demokratischen Gesellschaft ist das Konzept von Multikulti schwer vereinbar. Vielleicht auf ganz lange Sicht. Aber wenn man fragt, wo denn multikulturelle Gesellschaften bislang

funktioniert haben, kommt man sehr schnell zum Ergebnis, daß sie nur dort friedlich funktionieren, wo es einen starken Obrigkeitsstaat gibt. Insofern war es ein Fehler, daß wir zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten.

<<

Quelle: Hamburger Abendblatt, 24. November 2004

>>

Wir müssen eine weitere Zuwanderung

aus fremden Kulturen unterbinden. Die Zuwanderung von Menschen aus dem Osten Anatoliens oder aus Schwarzafrika löst das Problem nicht, schafft nur ein zusätzliches dickes Problem. Wir sind nicht in der Lage gewesen, alle diese Menschen wirklich zu integrieren. Sieben Millionen Ausländer in Deutschland sind eine fehlerhafte Entwicklung, für die die Politik verantwortlich ist.

<<

Quelle: Interview im Focus 2005

>>

Wenn wir auf Jahrzehnte so weiterfahren wie bisher, dann muss ich für unser Vaterland schwarz sehen.

<<

Quelle: Im Gespräch mit Autoren in der Dokumentarreihe „Der Fall Deutschland“, Sender Phoenix, 12. Februar 2006

>>

Wenn man ganz genau hinschaut, dann sieht man, dass die politischen Journalisten eigentlich mehr zur politischen Klasse gehören und weniger zum Journalismus.

<<

Quelle: Interview mit Giovanni di Lorenzo, ZEITmagazin, 25. März 2010, Nr. 13

>>

Ich bin sehr skeptisch, was die Einwanderung aus islamischen Kulturen angeht.

<<

Quelle: Gemeinsames SPIEGEL-Gespräch mit Gerhard Schröder 2013



Gefürchtet bei Freund und Feind: „Schmidt-Schnauze“ war ein SPD-Mann der alten Schule, der die Nation nie in Frage gestellt hat

Bildnachweis: Bundeswehr-Fotos Wir.Dienen.Deutschland. © Bundeswehr/Archiv [CC BY 2.0]



Dr. Alexander Wolf

FRAKTIONSVORSITZENDER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Europaausschuss (Vorsitz), Schulausschuss, Kulturausschuss

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

Dirk Nockemann

FRAKTIONSVORSITZENDER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Innenausschuss, Justizausschuss, Verfassungs- und Bezirksausschuss, Wissenschaftsausschuss

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/



Detlef Ehlebracht

VIZEPRÄSIDENT DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT UND PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss, Datenschutzgremium

afd-fraktion-hamburg.de/detlef-ehlebracht/

facebook.com/Detlef.Ehlebracht.AfD/

Andrea Oelschläger

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss Öffentliche Unternehmen, Haushaltsausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein

afd-fraktion-hamburg.de/andrea-oelschlaeger/

facebook.com/Andrea-Oelschläger



Harald Feineis

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, Gesundheitsausschuss, Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/

Peter Lorkowski

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien, Eingabenausschuss, Sportausschuss, Härtefallkommission

afd-fraktion-hamburg.de/peter-lorkowski/



Landwirte beackern Straßen und kritisieren Agrarpaket

Oelschläger: „Bauernprotest ist verständlich und berechtigt!“



Ungewohntes Bild in der Mönckebergstraße: Bauernprotest statt Einkaufsbummel

Im Herbst kam es vermehrt zu Bauernprotesten in deutschen Großstädten, so auch in Hamburg. Tausende Trecker beackerten die Straßen, um sich Gehör zu verschaffen. Sie kritisierten das Agrarpaket, negative Stimmungsmache und ein einseitiges „Bauernbashing“ durch Umweltschützer und Politiker.

Auch die Initiative „Land schafft Ver-

bindung“ sieht die Landwirtschaftspolitik als zu „bürokratisch und praxisfern“. Landwirte fordern insgesamt mehr Mitspracherecht und Wertschätzung. Die umweltpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion Andrea Oelschläger ergreift Partei für die Landwirte und zeigt Verständnis: „Der Bauernprotest ist verständlich und berechtigt. Die AfD-Fraktion begrüßt und

unterstützt den Protest – bäuerliche Betriebe dürfen nicht im Stich gelassen werden. Landwirte dürfen nicht durch immer höhere Auflagen und Bürokratie belastet werden. Es gilt, Bauern zu stärken, damit Landwirtschaft insgesamt wieder lohnenswert wird. Der Berufsstand benötigt zwingend mehr Akzeptanz und die Wertschätzung, die ihm zusteht.“

Rot-Grüne Klimahysterie wird Gesetz

Wolf: „Grassierender grüner Verbotswahn“

Der Senat hat im Dezember das Klimaschutzgesetz vorgestellt. Über 400 Maßnahmen sollen die Erderwärmung begrenzen und als Staatsziel in der Hamburgischen Landesverfassung verankert werden. Laut Umweltsenator Kerstan (Grüne), soll der Co₂-Ausstoß bis 2030 um 55 Prozent gesenkt werden – bis 2050 wolle man in Hamburg 'klimaneutral' werden.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Dirk Nockemann kritisiert die Pläne: „Klimahysterie wird jetzt in Hamburg zum Gesetz und soll in der Verfassung verankert werden. Die AfD-Fraktion macht bei diesem Firlefanz nicht mit. Das weltweite Klima wandelt sich immer und kann durch Hamburgs Maßnahmen nicht aufgehalten werden. Globale Phänomene müssen global gelöst werden.“

Das Klimaschutzgesetz sieht unter anderem vor, dass es ab 2023 eine Pflicht zur

Installation von Solaranlagen auf Hamburgs Dächern (im Neubau) geben muss. Daneben ist geplant, Ölheizungen im Neubau ab 2022 als unzulässig zu erklären. Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Dr. Alexander Wolf, erklärt

dazu: „Der grassierende grüne Verbotswahn soll jetzt Verfassungsrang erhalten und bezahlen dürfen es die Bürger. So ein Brimborium kostet nur Geld – das Geld des Steuerzahlers – und gehört nicht in die Verfassung.“



Hamburger „Klimaaktivisten“ retten die Welt

Zahlen statt Worte

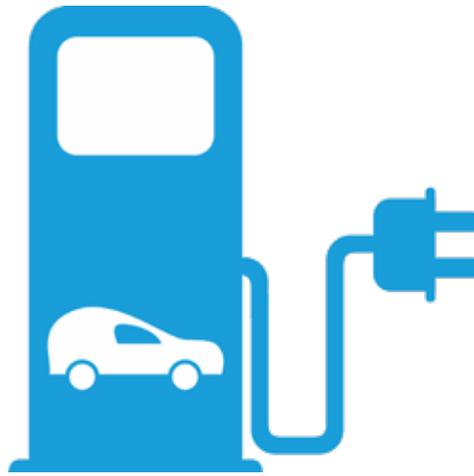


150

SCHLÜSSEL

zur Roten Flora sollen in Umlauf sein.

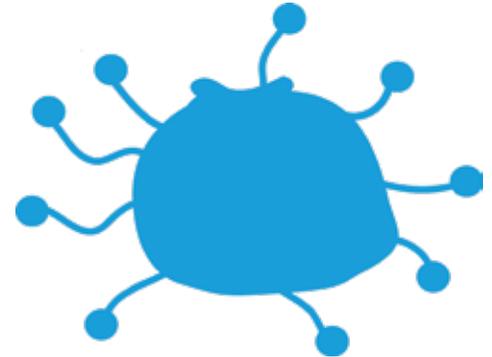
Quelle: Deutschlandfunk Kultur



0

ELEKTRO-/HYBRIDFAHRZEUGE hat die **BEHÖRDE FÜR UMWELT UND ENERGIE** des grünen Senators Jens Kerstan in ihrem Fuhrpark. Insgesamt sind es 18 Fahrzeuge, davon laufen 14 mit Diesel und 4 mit Benzin.

Quelle: Anfrage des AfD-Abgeordneten Detlef Ehlebracht (Drucksache 21/18981)



7.400

Menschen mit **HI-VIRUS/AIDS** lebten 2018 in Hamburg. 2016 waren es noch 6.970 Menschen mit **HIV/AIDS**.

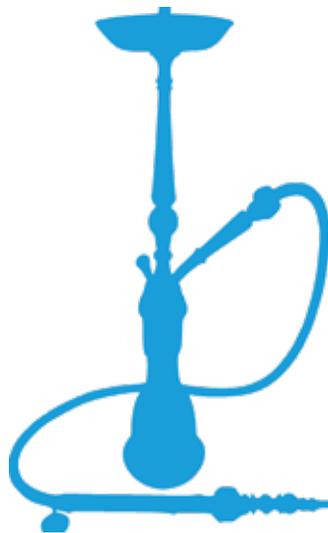
Quelle: Anfrage der FDP-Abgeordneten Jennyfer Dutschke (Drucksache 21/19158)



59.835

FLÜCHTLINGE leben in der Hansestadt, davon sind knapp 8.500 ausreisepflichtig.

Quelle: Anfrage der CDU-Abgeordneten Franziska Rath (Drucksache 21/19005)



98

SHISHA-BARS soll es offiziell geben.

Quelle: Anfrage des AfD-Abgeordneten Harald Feineis (Drucksache 21/17530)



31,5

Millionen Euro, auf diese Zahl werden die offenen **GEZ-FORDERUNGEN** (euphemistisch heißt es: Rundfunkbeitrag) für Hamburg beziffert. 2018 waren es noch 25,3 Millionen Euro.

Quelle: Anfrage der FDP-Abgeordneten Christel Nicolaysen (Drucksache 21/18993)

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl aus der Presseberichterstattung der letzten Monate

+++

Tagesschau.de (27.11.2019): **Fast jede vierte Klassenfahrt per Flugzeug?**

„Erst kommt das Fliegen, dann die Moral“ - mit diesen Worten kritisiert die AfD-Fraktion in Hamburg Schülerinnen und Schüler in der Hansestadt. Der Abgeordnete Alexander Wolf vermutet eine „Doppelmoral“ bei „großen Teilen der Schülerschaft“: „Es ergibt wenig Sinn, für das Klima auf die Straßen zu gehen und Forderungen zur Rettung der Welt aufzustellen, aber sich selbst nicht zu maßigen.“

+++

Die Welt (25.11.2019): **Stadt nicht auf IS-Rückkehrer vorbereitet**

Die FDP/AfD-Opposition in der Hamburgischen Bürgerschaft hat dem rot-grünen Senat einen nachlässigen Umgang mit IS-Rückkehrern vorgeworfen. Dirk Nockemann, Chef der AfD-Fraktion, bekräftigte: „Die Behörden müssen die Art und Weise der IS-Unterstützung aufarbeiten, damit der Rechtsstaat die Terrorunterstützer zur Rechenschaft ziehen kann.“

+++

Norddeutscher Rundfunk (NDR) (20.11.2019): **Tierschutz erhitzt Gemüter in der Bürgerschaft**

Angesichts der Skandalbilder aus dem Landkreis Harburg hat die Hamburgische Bürgerschaft sich fraktionsübergreifend für einen besseren Tierschutz in Versuchslaboren ausgesprochen. Einen heftigen Schlagabtausch lieferten sich Regierungs- und Oppositionsparteien am Mittwoch aber über den Weg dorthin. Auch die FDP forderte strengere Überprüfungen. „Wir unterstützen die Forderung nach häufigeren und engmaschigeren Kontrollen“, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion, Jennyfer Dutschke. Ebenso die AfD: „Bei uns rennen Sie mit dem CDU-Antrag offene Türen ein“, sagte Andrea Oelschläger.

+++

Norddeutscher Rundfunk (NDR) (20.11.2019): **Bürgerschaft debattiert über Wasserstoffstrategie**

Auch Andrea Oelschläger (AfD) bezweifelte, dass die Windkraftkapazitäten für die Wasserstoffproduktion ausreichen. „Für mich klingt das sehr nach Zwangsbeglückung“, für die es bislang keine Akzeptanz in der Bevölkerung gebe, sagte Oelschläger.

+++

Die Welt (12.11.2019): **Hamburg bekommt einen neuen Stadtteil**

Dem schloss sich der Sprecher für Stadtentwicklung der AfD-Bürgerschaftsfraktion, Detlef Ehlebracht, an: „Zu vage bleibt der Senat bei der Übernahme der Finanzierungskosten in Höhe von 120 Millionen Euro. Die perspektivische Entwicklung Grasbrooks auf eine Dauer von 20 Jahren ist in finanzieller Hinsicht ein riskantes Unterfangen.“

+++

NDR (06.11.2019): **Bürgerschaft streitet über Mieten-Studie**

Wie entwickelt sich der Hamburger Wohnungsmarkt? Über diese Frage hat die Hamburgische Bürgerschaft am Mittwoch auf Antrag der AfD-Fraktion diskutiert. Anlass ist eine aktuelle Studie, nach der die durchschnittliche Kaltmiete in Hamburg bei 8,21 Euro liegt. Die Studie gibt der rot-grünen Wohnungspolitik Rückenwind, weil die Mieten nach dieser Berechnung weniger hoch sind als erwartet. Doch aus Sicht des AfD-Abgeordneten Detlef Ehlebracht taugt sie nicht viel: „Eine Wohnung sucht man nicht in Durchschnittswerten, eine Wohnung sucht man auf dem freien Markt zu den dort herrschenden Konditionen“, sagte der AfD-Politiker.

+++

Die Zeit (07.11.2019): **SPD und Grüne feiern sich für eine Million Beschäftigte**

Ein Viertel der Beschäftigten arbeite im Niedriglohnsektor, sagte Harald Feineis von der AfD. Zudem stünden den eine Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 170.000 Hartz-IV-Empfänger gegenüber.

+++

Hamburger Morgenpost (24.10.2019): **„Überfordert“: Opposition greift Katharina Fegebank (Grüne) an**

„Wenn sowohl die Universität, vor allem aber der Senat nicht gewillt sind, den Wissenschaftsbetrieb mit aller Entschlossenheit sicherzustellen, ist die grundgesetzlich verankerte Wissenschaftsfreiheit akut bedroht“, erklärte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann.

+++

Die Welt (23.10.2019): **«Meinungsterror»: AfD-Fraktionschef kritisiert Lucke-Protest**

Die heftigen Proteste gegen eine Vorlesung von AfD-Mitbegründer Bernd

Lucke hat die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft als „Meinungsterror in seiner übelsten Form“ kritisiert. „Linke Aktivisten können machen, was sie wollen“, monierte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann am Mittwoch in der Aktuellen Stunde.

+++

sueddeutsche.de (25.09.2019): **Bürgerschaft streitet über Klimapaket**

Die AfD warnte davor, im Kampf gegen die Erderwärmung die wirtschaftliche Entwicklung außer Acht zu lassen. „Wachstum abzuschaffen, ist ein Rückfall in die Steinzeit“, sagte die Abgeordnete Andrea Oelschläger.

+++

Die Welt (19.09.2019): **„Das AfD-Meldeportal hat die Lehrer gestärkt“**

Alexander Wolf ist Fraktionsvorsitzender und Schulexperte der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft und Initiator des ersten Portals, das am 20. September vergangenen Jahres online ging. Er spricht von einer Erfolgsgeschichte „unterm Strich“. „Das, was von uns als positives Informationsportal gedacht war, wird in Teilen der Öffentlichkeit mit negativen Begriffen wie Petze verbunden. Das macht mich traurig, weil es zeigt, dass da nicht die Fakten, sondern das Framing und die Medienmacht ein Stück weit stärker sind.“

+++

Bild (15.09.2019): **100 Tage E-Roller, 89 Verletzte**

Eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Detlef Ehlebracht (56) gibt 100 Tage nach der Einführung der Zweiräder in Hamburg einen Einblick. Demnach sind in dieser Zeit 89 Verletzte nach E-Roller-Unfällen in Krankenhäusern der Stadt behandelt worden: 50 ambulant, 39 stationär.

+++

Hamburger Morgenpost (03.09.2019): **Für Schreckschusspistolen: Mehr kleine Waffenscheine in Hamburg**

Ende 2014 hatten erst 4.518 Bürger den Schein, der zum Führen einer Schreckschuss-, Gas- oder Signalwaffe führt, beantragt. Ende Oktober dieses Jahres wurden bereits 7.404 Waffenscheine gezählt, wie der Senat auf eine Kleine Anfrage des AfD-Bürgerschaftsabgeordneten Dirk Nockemann mitteilte. Das bedeutet einen Anstieg um 64 Prozent in weniger als fünf Jahren.

+++

Signiertes Buch von Václav Klaus!

**Wie gut kennen Sie
Ihre Hansestadt?
Machen Sie mit bei
unserem Hamburg-Quiz!
Zu gewinnen gibt es:**

Ein signiertes Buch von Václav Klaus „Völkerwanderung. Kurze Erläuterung der aktuellen Migrationskrise“. Einer der herausragenden Staatsmänner Europas, der langjährige Präsident Tschechiens Václav Klaus ergreift das Wort und fordert, sich von den barmherzigen Tagträumen zu verabschieden.

Richtige Lösung eingeben unter:
<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:
presse@afd-fraktion.hamburg.de
Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft
Stichwort: Hamburg-Quiz
Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 29. Februar 2020.
Unter den richtigen Einsendern entscheidet das
Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

1 Die nächste Bürgerschaftswahl ist am ...?

30.02.2020 | 23.02.2020 | 23.01.2021

2 Altkanzler Helmut Schmidt wurde auch genannt ...?

Dirty Harry | Schmidt Schnauze | Schmidtchen Schleicher

UNS HAMBURG
per Briefpost oder
per elektronischer Post erhalten?

Dann schreiben Sie uns unter:
info@afd-fraktion.hamburg.de



IHR KONTAKT ZUR AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT:

🏠 AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

☎ 040 428 31-25 18 (Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

💻 afd-fraktion-hamburg.de

💻 uns-hamburg.de

💻 islamspiegel-hamburg.de

📘 facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📺 youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

📷 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand? Bestellen Sie hier unseren Newsletter: www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

IMPRESSUM

UNS  HAMBURG

HERAUSGEBER:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

VERANTWORTLICH IM SINNE DES

PRESSERECHTS: Dr. Alexander Wolf

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:

Robert Offermann

TELEFON: 040/42831-2518

E-MAIL: presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die
Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion.
Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken
verwendet werden.